

Inhaltsverzeichnis

Einführung	21
-------------------------	----

1. Kapitel

Allgemeiner Teil	25
-------------------------	----

A. Der Grundsatz der Öffentlichkeit.....	25
I. Überblick über den historischen Hintergrund.....	25
1. Vom Altgermanischen Recht bis zum Recht der frühen Neuzeit... ..	25
2. Aufklärung und 19. Jahrhundert.....	27
3. Das 20. Jahrhundert	32
a) Die Zeit des Nationalsozialismus.....	33
b) Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg	35
II. Inhalt des Öffentlichkeitsprinzips	37
III. Funktionen der Öffentlichkeit.....	38
IV. Arten von Öffentlichkeit	41
1. Unterscheidung zwischen „unmittelbarer“ und „mittelbarer“ Öffentlichkeit	41
2. Bedeutung der verschiedenen Arten der Öffentlichkeit	43
3. Wahrnehmung der Funktionen der Öffentlichkeit durch die mittel- bare Öffentlichkeit.....	44
4. Überblick über die durch die mittelbare Öffentlichkeit entstehen- den Gefahren.....	46
a) Gefahren für die Persönlichkeitsrechte.....	46
aa) Die Persönlichkeitsrechte im Allgemeinen	46
bb) Gefahren für die Persönlichkeitsrechte durch Medien- berichterstattung.....	52
b) Gefahren für die Funktionsfähigkeit der Rechtspflege.....	53
c) Tatsächliche Auswirkung der aufgezeigten Gefahren.....	57
V. Grenzen der Öffentlichkeit	58
VI. Entscheidungen über die Öffentlichkeit als Revisionsgrund.....	59
B. Die Charakteristika des „neuen“ Laienjournalismus	60
I. Das Web 2.0	60
1. Entstehungsgeschichte des Web 2.0	60
2. Besonderheiten des Web 2.0.....	61
3. Demokratisierung der Medienwelt.....	62

II.	Der neue Laienjournalismus	64
III.	Abgrenzung des professionellen Journalismus vom neuen Laienjournalismus	67
IV.	Die den neuen Laienjournalismus prägenden Merkmale	69
	1. Die Qualität des neuen Laienjournalismus.....	69
	2. Charakteristika und Funktion des neuen Laienjournalismus im Allgemeinen.....	72
V.	Das Zusammenspiel von professionellem Journalismus und neuem Laienjournalismus.....	79
VI.	Juristische Themen im Web 2.0	81
VII.	Die Funktion des neuen Laienjournalismus für die Gerichtsöffentlichkeit.....	83
VIII.	Durch die laienjournalistische Gerichtsberichterstattung entstehende Gefahren	88
C.	Verfassungsrechtlicher Hintergrund der Medienöffentlichkeit.....	91
	I. Bedeutung der Meinungs- und der Informationsfreiheit nach Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG.....	91
	1. Meinungsäußerungs- und -verbreitungsfreiheit	92
	2. Informationsfreiheit	97
	II. Bedeutung der Medienfreiheiten nach Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG	104
	1. Funktion	104
	2. Verhältnis von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG und Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG.....	105
	3. Die Pressefreiheit	107
	a) Allgemein	107
	b) Öffentliche Aufgabe.....	109
	c) Schutzgegenstand der Pressefreiheit.....	111
	4. Die Rundfunkfreiheit	113
	a) Allgemein	113
	b) Öffentliche Aufgabe.....	113
	c) Schutzgegenstand der Rundfunkfreiheit	114
	III. Grundrechtlicher Schutz der neuen Laienjournalisten	116
	1. Grundrechtlicher Schutz der neuen Laienjournalisten durch die Pressefreiheit	117
	a) Schutzfähigkeit	117
	aa) Schutz der alten Laienjournalisten durch die Pressefreiheit	117
	bb) Übertragung der für die alten Laienjournalisten geltenden Maßstäbe auf die neuen Laienjournalisten	118
	(1) Journalistische Tätigkeit der neuen Laienjournalisten ..	118
	(2) Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe i.S.d. Pressefreiheit	119

(3) Kein Ausschluss des grundrechtlichen Schutzes der neuen Laienjournalisten aufgrund der ihnen anhaftenden Besonderheiten	123
(a) Fehlen einer redaktionellen Organisation	123
(b) „Elektronische Presse“	126
(aa) Begriff der „elektronischen Presse“	126
(bb) Anwendung der Pressefreiheit auf die elektronische Presse	128
(α) Wortlaut	128
(β) Historische Auslegung	128
(γ) Systematik	129
(δ) Sinn und Zweck	135
(4) Zwischenergebnis	139
cc) Endergebnis	139
b) Umfang des Schutzes	140
aa) Umfang des Schutzes der alten Laienjournalisten durch die Pressefreiheit	140
bb) Übertragung des für die alten Laienjournalisten geltenden Umfangs des Schutzes der Pressefreiheit auf die neuen Laienjournalisten	141
cc) Ergebnis	144
2. Grundrechtlicher Schutz der neuen Laienjournalisten durch die Rundfunkfreiheit	144
3. Ergebnis	145
IV. Exkurs: Bedürfnis einer Internetfreiheit	146
1. Einordnung des Internets im Rahmen der bestehenden Grundrechte	146
2. Argumente für und gegen die Einführung einer Internetfreiheit ...	148
3. Ergebnis	152
V. Schranken der Kommunikationsgrundrechte	152
1. Allgemeine Gesetze	153
2. Bestimmungen zum Schutze der Jugend	158
3. Recht der persönlichen Ehre	160
4. Verfassungsimmanente Schranken	161
5. Ergebnis	162

2. Kapitel

Besonderer Teil

A. Das Informationsinteresse an der strafrechtlichen Verhandlung als wesentliche Voraussetzung der Auslegung der die Medienöffentlichkeit regelnden Normen	164
--	-----

I.	Informationsinteresse der Allgemeinheit an strafrechtlichen Gerichtsverhandlungen	165
II.	Zum Informationsbedürfnis der Allgemeinheit spiegelbildlicher Schutz der Medienvertreter in strafrechtlichen Gerichtsverhandlungen	167
III.	Ergebnis	171
B.	Das Recht auf Zugang zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen.....	171
I.	Zugang der Allgemeinheit	172
1.	Herleitung des Zugangsrechts	172
2.	Umfang des Zugangsrechts	173
II.	Zugang der Medienvertreter.....	176
1.	Herleitung des Zugangsrechts der professionellen Medienvertreter und der neuen Laienjournalisten.....	177
a)	Einschlägiges Grundrecht	178
aa)	Die öffentliche Aufgabe der Medien	180
bb)	Das Verhältnis des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG zu Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG	182
cc)	Beispiele für die Zuordnung einzelner Aktivitäten.....	184
b)	Ergebnis	185
2.	Umfang und Einschränkung des Zugangsrechts der professionellen Journalisten	186
a)	Das Betreten.....	186
b)	Platzreservierung.....	188
c)	Kontingentierung der Medienplätze	193
d)	Mitnahme von audiovisueller Aufnahme- und Übertragungstechnik.....	195
e)	Mitnahme von Informationsspeicherungsmitteln, wie z.B. Laptops	201
3.	Umfang und Einschränkung des Zugangsrechts der neuen Laienjournalisten.....	202
a)	Das Betreten.....	203
b)	Platzreservierung.....	203
aa)	Zulässigkeit der Platzreservierung zugunsten der neuen Laienjournalisten.....	203
bb)	Berücksichtigung der neuen Laienjournalisten im Rahmen der Vergabe der Medienplätze	205
cc)	Abgrenzung der neuen Laienjournalisten zu anderen im Internet Publizierenden durch den vorsitzenden Richter im Rahmen der Akkreditierung für die Medienplätze	209
c)	Kontingentierung der Medienplätze	212
d)	Mitnahme von audiovisueller Aufnahme- und Übertragungstechnik.....	213
aa)	Eigenarten der laienjournalistischen Technik.....	214
bb)	Einschränkungen der Mitnahme der laienjournalistischen Technik	216

(1) Allgemein.....	216
(2) Pool-Lösung.....	219
(a) Pool-Lösung mit laienjournalistischem Pool	219
(b) Pool-Lösung mit Beteiligung am professionellen Pool	221
(c) Zwischenergebnis	225
(3) Ergebnis	225
e) Mitnahme von Informationsspeicherungsmitteln, wie Laptops..	226
f) Ergebnis.....	227
C. Die Ausgestaltung des Öffentlichkeitsprinzips durch § 169 GVG.....	228
I. Inhalt und sachlicher Anwendungsbereich des § 169 GVG	228
1. § 169 Satz 1 GVG.....	228
2. § 169 Satz 2 GVG.....	229
a) Allgemein	229
b) Sinn und Zweck des § 169 Satz 2 GVG	230
c) Nicht zur Veröffentlichung bestimmte Aufnahmen.....	232
d) Live-Übertragungen.....	234
aa) Wortlaut	235
bb) Historische Auslegung	236
cc) Systematik.....	237
dd) Sinn und Zweck	237
ee) Ergebnis	238
II. Zeitlicher und räumlicher Anwendungsbereich des § 169 Satz 2 GVG	239
1. Zeitlicher Anwendungsbereich	239
2. Räumlicher Anwendungsbereich	242
III. Anwendung des § 169 Satz 2 GVG auf die neuen Laienjournalisten	244
1. Anwendbarkeit des § 169 Satz 2 GVG auf die neuen Laienjournalisten	244
a) Wortlaut	244
b) Historische Auslegung	245
c) Systematik.....	246
d) Sinn und Zweck.....	246
e) Ergebnis.....	247
2. Umfang des Verbots des § 169 Satz 2 GVG hinsichtlich der neuen Laienjournalisten	248
3. Ergebnis.....	251
IV. Verfassungsmäßigkeit des Verbots nach § 169 Satz 2 GVG	251
1. Die <i>n-tv-Entscheidung</i> des BVerfG.....	251
2. Das Minderheitenvotum.....	253
3. Verfassungsmäßigkeit des § 169 Satz 2 GVG bezogen auf die strafrechtliche Verhandlung – gleichzeitig Bewertung der <i>n-tv-Entscheidung</i>	254

a) Schutzbereichseröffnung und Grundrechtseingriff	254
aa) Rundfunkfreiheit	254
bb) Pressefreiheit	258
cc) Informationsfreiheit	258
dd) Berufsfreiheit	259
ee) Zwischenergebnis	260
b) Bewertung des § 169 Satz 2 GVG am Maßstab des Art. 5 Abs. 2 GG	260
c) Verhältnismäßigkeit des § 169 Satz 2 GVG.....	261
aa) Legitimer Zweck.....	261
bb) Geeignetheit	262
cc) Erforderlichkeit	262
(1) Ergänzung des § 169 Satz 2 GVG um Ausnahmen für einzelne Verfahrensabschnitte generell oder nach richterlichem Ermessen	262
(2) Ausnahme von § 169 Satz 2 GVG bei Einverständnis aller Verfahrensbeteiligten.....	265
(3) Ausnahme von § 169 Satz 2 GVG für die neuen Laienjournalisten oder die von ihnen spezifisch verwendete Technik	270
(4) Ausnahmen von § 169 Satz 2 GVG für einzelne Verfahrensarten	271
(a) Ausnahme für das Strafverfahren.....	271
(b) Exkurs: Ausnahme für andere Verfahrensarten.....	272
(c) Zwischenergebnis.....	275
dd) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne.....	275
(1) Für ein pauschales Verbot anzuführende Interessen ...	275
(2) Gegen ein pauschales Verbot anzuführende Interessen	280
(a) Eingriff in die Berufs- und Informationsfreiheit ...	280
(b) Eingriff in die Rundfunkfreiheit.....	282
(c) Eingriff in die Pressefreiheit der elektronischen Presse	285
(aa) Intensität des Eingriffs in die ausschließlich Ton und Bewegtbilder verbreitende elektro- nische Presse	286
(bb) Intensität des Eingriffs in die ein gemischtes Angebot verbreitende elektronische Presse ...	288
(3) Abwägung der widerstreitenden Interessen.....	289
ee) Zwischenergebnis	291
ff) Herstellung der Verfassungsmäßigkeit des § 169 Satz 2 GVG.....	291
gg) Wirkung einer verfassungskonformen Auslegung.....	293
hh) Ergebnis	296

D. Die sitzungspolizeiliche Anordnung nach § 176 GVG.....	296
I. Anwendungsbereich	297
1. Personeller Anwendungsbereich.....	297
2. Sachlicher Anwendungsbereich	298
3. Zeitlicher Anwendungsbereich.....	301
4. Räumlicher Anwendungsbereich	302
5. Zwischenergebnis.....	305
II. Verhältnis des § 176 GVG zu § 169 Satz 2 GVG.....	305
III. Angreifbarkeit einer sitzungspolizeilichen Entscheidung nach § 176 GVG.....	307
IV. Die sitzungspolizeilichen Anordnungen betreffend die Medienöffentlichkeit im Strafverfahren	308
1. Allgemein	308
a) Die beeinträchtigten Grundrechte	308
b) Die der Medienöffentlichkeit entgegenstehenden Interessen....	309
aa) Interessen, welche die Ordnung in der Sitzung unmittelbar betreffen.....	310
bb) Interessen, welche die Ordnung in der Sitzung mittelbar betreffen.....	310
(1) Persönlichkeitsrechte der Gerichtspersonen.....	312
(a) Anwendbarkeit des Rechts am eigenen Bild auf Gerichtspersonen.....	312
(b) Ausnahme vom Erfordernis der Einwilligung nach § 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG.....	313
(c) Entgegenstehende berechnigte Interessen nach § 23 Abs. 2 KUG	316
(2) Persönlichkeitsrechte des Angeklagten	320
(3) Persönlichkeitsrechte der Zeugen, Sachverständigen und Verteidiger	323
(4) Persönlichkeitsrechte der Zuschauer	326
(5) Zwischenergebnis.....	328
c) Die Ermessensentscheidung des Vorsitzenden	329
d) Zwischenergebnis.....	331
2. Behandlung der neuen Laienjournalisten im Verhältnis zu professionellen Journalisten.....	332
a) Ungleichbehandlung von wesentlich Gleichem	332
b) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	333
aa) Intensität des Eingriffs	333
bb) Verhältnismäßigkeit	335
c) Ergebnis.....	337
3. Maßnahmen betreffend die reine Information	337
4. Maßnahmen betreffend die Aufnahme von Ton- und Bildinformationen	343

a)	Allgemein	343
b)	Relevante Erwägungen	343
aa)	Bedeutung des Verbots von Ton- und Bewegtbildaufnahmen nach § 169 Satz 2 GVG für die Entscheidung nach § 176 GVG	343
bb)	Für die Aufnahme von Ton- und Bildinformationen sprechende Interessen	345
cc)	Gegen die Aufnahme von Ton- und Bildinformationen sprechende Interessen	348
c)	Einzelfälle der Einschränkung der Aufnahme von Ton- und Bildinformationen	349
aa)	Anonymisierung	349
(1)	Zweck	349
(2)	Geeignetheit	352
(3)	Erforderlichkeit	354
(4)	Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	354
(5)	Ergebnis	356
bb)	Pool-Lösung	358
cc)	Pauschales Aufnahmeverbot	359
(1)	Zweck und Geeignetheit	360
(2)	Erforderlichkeit	360
(3)	Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne	362
(4)	Ergebnis	365
dd)	Sonstige Maßnahmen	365
ee)	Ergebnis	368
E.	Das Hausrecht des Gerichtspräsidenten	368
I.	Allgemein	368
II.	Anwendungsbereich	370
1.	Personeller Anwendungsbereich	371
2.	Sachlicher Anwendungsbereich	371
3.	Zeitlicher Anwendungsbereich	372
4.	Räumlicher Anwendungsbereich	373
5.	Ergebnis	374
III.	Generelle Entscheidungen auf der Grundlage des Hausrechts	375
IV.	Ergebnis	376
	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	378
	Ausblick	388
	Anhang	389
	Literaturverzeichnis	400
	Personen- und Sachwortverzeichnis	417